

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint wöchentlich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: monatlich 3.00 Mk., vierteljährlich 8.00 Mk., halbjährlich 15.00 Mk., jährlich 30.00 Mk. / Anzeigenpreise: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Abonnementpreise: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Druckerei: Wilsdruff, am 4. Februar 1919.

Interessante Mitteilungen über den Bau der neuen Wilsdruffer Kirche, die am 1. März 1919 eingeweiht werden soll. / Die Kirche wird im Stil der Renaissance erbaut und soll eine Kapazität von 200 Personen haben. / Der Bauherr Herr Dr. Schmidt hat sich für eine besonders schöne Ausstattung entschieden. / Die Kosten betragen ca. 100.000 Mk. / Die Kirche soll ein Wahrzeichen der Stadt werden.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Volle Preis-Konto: Leipzig Nr. 23614.

Nr. 30 | Donnerstag den 6. Februar 1919. | 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Runkelrübenpreise und -ablieferung.

Auf Grund einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums gelten mit Wirkung vom 1. Februar 1919 ab im Gebiet des unterzeichneten Kommunalverbandes (Stadt und Amtshauptmannschaft Meißen mit Städten Rössen, Lommagisch, Wilsdruff) für Runkelrüben (Zucker- und Speiserüben) folgende Erzeugerhöchstpreise für einen Zentner:

Vom 1.—15. Februar 1919	3 Mark 5 Pfg.
16.—28. "	3 " 20 "

Für den Verkauf von Runkelrüben sind weiter zugelassen worden:

1. Ernst Leubner in Leuben.
2. Hermann Pfäffner in Schieritz.

Meißen, am 1. Februar 1919. Nr. 437 a b II F. Kommunalverband Meißen Stadt und Land.

Resselsdorf.

Für die am 9. d. Mts. von vorm. 11 Uhr bis nachm. 5 Uhr im Gasthof zur Krone stattfindende

Gemeinderatswahl

sind die nachstehend aufgeführten Wahlvorschläge eingegangen und nach Prüfung zugelassen worden:

I. Wahlvorschlag:

1. Treppie, Heinrich, Milchhändler, Nr. 33 C
2. Dachselt, Reinhard, Gutbesitzer, Nr. 40
3. Weber, Martin, Brauereibesitzer, Nr. 15 B
4. Heinzmann, Paul, Privatmann, Nr. 27 J
5. Denter, Franz, Gutbesitzer, Nr. 8
6. Opitz, Max, Bergarbeiter, Nr. 27 F
7. Hauptvogel, Oswald, Bergarbeiter, Nr. 33 C
8. Böhme, Hugo, Bergarbeiter, Nr. 42
9. Börner, Hermann, Schuhmachermeister, Nr. 44
10. Starke, Max, Getreidehändler, Nr. 16 B

II. Wahlvorschlag:

1. Meiler, Reinhold, Bergarbeiter, Nr. 17 C
2. Treppie, Otto, Maurer, Nr. 17 E
3. Becker, Arthur, Bergarbeiter, Nr. 29 B
4. Richter, Bruno, Bergarbeiter, Nr. 33
5. Clement, Paul, Bergarbeiter, Nr. 17 C
6. Kühnel, Paul, Maurer, Nr. 2
7. Richter, Arno, Tischler, Nr. 4
8. Schulz, Friedrich, Bergarbeiter, Nr. 16
9. Kogisch, Otto, Kleiderer, Nr. 4
10. Schumann, Otto, Bergarbeiter, Nr. 14 B.

Resselsdorf, am 3. Februar 1919. Der Gemeindevorstand als Wahlkommissar.

Herabsetzung des Kartoffelverbrauchs.

Zufolge Verordnung des Reichsernährungsamtes ist die wöchentliche Verbrauchsmenge an Kartoffeln für Selbstverbraucher auf 7 Pfund, für alle übrigen auf 5 Pfund vom 3. Februar ab festgesetzt worden.

Die dadurch freiwerdenden Mengen gelten als für den Kommunalverband entzogen. Sie sind zur Verfügung des Stadtrats zu halten und pflichtlich zu behandeln. Ueber die Abnahme werden noch Bestimmungen getroffen. Auf die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Meißen vom 1. Februar 1919 und die darin enthaltenen Bestimmungen wird ausdrücklich Bezug genommen.

Wilsdruff, am 4. Februar 1919. Der Stadtrat.

Man lese täglich die amtlichen Bekanntmachungen in unserem Blatte. Unkenntnis der Bestimmungen schützt nicht vor Strafe.

Einmarsch der Regierungstruppen in Bremen.

Das neue Deutschland.

In Weimar soll es aus der Taufe gehoben werden, dem einseitigen geistigen Mittelpunkt des deutschen Volkes. Man hat viel und heftig darüber getritten, ob die Wahl des Tagesortes für die Nationalversammlung ein guter Griff gewesen sei oder das Gegenteil; man ist die Entscheidung auch über diese Vorfrage hinweggeschritten, und wir haben nur zu wünschen, daß das Werk, das heute und morgen begonnen werden wird, zum Segen für unser künftiges Vaterland vollendet werden möge. Schwierigkeiten wird es freilich geben, sonder Zahl. Aber ein Geburtshelfer wird dem neuen Deutschland zur Seite stehen, der stärker sein wird als alle Hemmnisse und Widerstände: die Notwendigkeit. Wir müssen den Zustand, den die Revolutionsgewalt geschaffen hat, auf den Restschoben hinüberführen, wir müssen eine auf den Willen der Volksmehrheit gestützte Reichs- und Regierungsmacht herstellen, die von unseren Feinden als die einzig wahre, die einzig mögliche Vertretung des deutschen Volkes anerkannt, die im Lande selbst von allen Willigen und Verständigen als die Retterin aus Not und Verzweiflung anerkannt wird. Die gegenwärtige Regierung hat, getreu der Aufgabe, die sie am ersten Tage ihrer Herrschaft vor dem ganzen Volke abgeben hat, ihr Mandat in die Hände der Nationalversammlung niederzulegen. Sie würde gewiß von Herzen froh sein, wenn sie es nicht wieder von ihr zurücknehmen brauchte, denn die Welt und Schiedemann läßen heute gewiß tausendmal lieber auf der Bank der Spötter und Kritiker als auf der Bank der Nationalversammlung sitzen. Aber auch ihre Aufgabe ist nicht schon früher von ihr zurückgegeben worden. So ganz gewiß nicht um des Reiches willen, von dem sie nicht lassen konnten; wer möchte sie wohl unter den gegenwärtigen Verhältnissen davon befehlen? Und wenn sie aus Weimar wieder als Volksbeauftragte nach Berlin zurückkehren sollten, so wird das auch nicht geschehen, weil sie es als süß und beglückend empfinden, über andere zu herrschen, sondern weil sie erkennen müssen, daß Führerschaft verpflichtet. Hinter ihnen steht nun einmal die größte Partei im Lande. Das hat ihnen Verantwortung auferlegt, denen sich kein willensstarker Mann entziehen darf. Damit ist freilich nicht gesagt, daß auch die neue Regierung, die wir nun bald bekommen werden, sich

aus Weimar herausziehen werden. Aber die deutsche demokratische Partei an ihr beteiligt werden, und diese wiederum scheint ihren Eintritt in die Reichsleitung davon abhängig machen zu wollen, daß das Zentrum, oder die Christliche Volkspartei, wie es sich jetzt nennt, sich der neuen Kombination anschließt. Fraktionslösungen, die schon vor Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar stattfinden, werden die Entscheidung über diese Frage bringen. Müht sie, wie man in politischen Kreisen anzunehmen geneigt ist, in bescheidenem Sinne aus, dann hätten wir, äußerlich betrachtet, eigentlich das gleiche Bild wie vor der Revolution: Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie als Regierungsbündnis, der den Kurs des Reichsschiffes maßgebend bestimmt. Inzwischen hat sich aber noch die alte deutsche Kaisermacht als ein lecher Recken; jetzt ist sie zerfallen, und was von ihr übriggeblieben ist, wird von der Sozialdemokratie beherrscht. Damit werden sich diejenigen Parteien abfinden müssen, die neben ihr in die Regierung eintreten wollen. Demokraten und Zentrum ankommen verfügen zwar ungeachtet über die gleiche Stimmenzahl wie die Reichsvereinsparteien, aber dafür fehlt ihnen die Gemeinamkeit der Handlungen und wohl auch des politischen Willens, und so werden sie sich mit Nebenrollen begnügen müssen, so sehr sie auch von früher her verurteilt worden sind. Die Sozialdemokratie wiederum wird nicht Gefahr laufen, in Übermut zu verfallen; dafür werden schon ihre Freunde von links zu sorgen wissen, ganz abgesehen von der allgemeinen Lage, in der sich das Reich befindet. Sie werden froh sein, wenn sie gerade noch den nötigen Zusammenbruch von uns abwenden können. Dazu allein schon gehören Riesenkraft. Aber nun wird wenigstens endlich gehandelt werden, wenn es auch an Reden gewiß nicht fehlen wird. Eine neue Regierung, eine neue Verfassung, damit Recht und Ordnung in Deutschland wieder zu Ehren kommen können und auf ihrem Grunde die Arbeit, die ehrliche Arbeit in Stadt und Land ihr Haupt erheben darf. Dann wird sich der Spartakusstreik endlich überwinden lassen und wir werden dem Frieden näher kommen, der nun schon seit langen Monaten als eine ewige Fata Morgana vor uns herumschwebt. Das deutsche Volk kann die Arbeit seiner gewählten Vertreter nur mit heftigen Segenswünschen begleiten; in ihre Hände ist unter aller Schärfe gegeben

Sozialisierungs-Kommission contra Regierung

Eingriffe in die Verwaltung.

Berlin, 4. Februar. Wie höflich erklärt wird, scheint die Sozialisierungskommission nicht nur mit dem Reichswirtschaftsamt, sondern mit der gesamten Reichsregierung in offenem Konflikt geraten zu sein. Das Reichswirtschaftsamt behauptet, die Kommission habe ihre Anträge gegen Dr. Müller erhoben, ohne den Wortlaut der Müller'schen Ausführungen zu kennen, und die Reichsregierung habe darauf erwidert, ohne den Staatssekretär zu hören. Die Kommission, die doch ursprünglich nur ein Ausmaß von Sachverständigen und Wissenschaftlern zur Vorbereitung dieser Fragen sein sollte, habe aber von Anfang an sich nicht als Organ des Reichswirtschaftsamtes gefühlt, sondern sich der Bevollmächtigung angenommen, behauptet, sie unterstehe nur der Reichsleitung und habe, was ohne Beispiel sei, direkt in die Verwaltung eingegriffen. In den Kreisen des Reichswirtschaftsamtes hoffe man, daß die Nationalversammlung hier Ordnung schaffen werde. Auch der jüngste Vorschlag der Kommission, in die Verfassung auch die Einordnung unlerer Wirtschaftslieben, den Einfluß der Arbeiterklasse hineinzu bringen, sei durchaus nicht ihr Verdienst, sondern von langer Hand von dem zuständigen Reichsressort vorbereitet gewesen. Im übrigen, so wird endlich behauptet, seien ja die Tage der Reichsregierung voraussichtlich gezählt.

Daenisch über Kultur und Revolution.

Seine Stellung zum Christentum.

Berlin, 4. Februar. Der preussische Kultusminister Daenisch erklärte in einem öffentlichen Vortrag, er verkenne nicht, daß die lebendigen, ethischen Kräfte des Christentums der Volkserziehung dienlich zu machen seien, und gerade er als überzeugter Sozialist müßte nicht darauf verzichten sie zu benutzen, obwohl er für Aufkündigung jeden religiösen Gewissenszwanges sei. Aber diese Entwicklung müsse sich organisch vollziehen und nicht in überhasteter Hast vorgenommen werden. Das eine aber müsse er auch noch sagen, er glaube, daß in Zukunft die Arbeiterklasse einen organischen Einfluß auf die kulturelle Entwicklung haben werde. Dabei wolle er gefahren — und ihm als überzeugter Sozialist tue das besonders weh — daß viele Schichten der Arbeiter sich der Revolution nicht anschließen wollten. Für viele wäre die Humanität